

Beitrag von Ina Korter (MdL) in der Zeitschrift - Die junge Kirche, Heft 2/ 2010 Pro: Ingo Reuter, contra: Ina Korter



Sonderrechte für kirchliche Schulen

Die Zukunftsfähigkeit der evangelischen Kirche hängt wesentlich davon ab, ob es ihr gelingt, die Bildungsherausforderungen der Gegenwart zu meistern. So heißt es im 2009 von der EKD herausgegebenen Strategiepapier "Kirche und Bildung". Kirchliches Bildungshandeln findet zu einem großen Teil im staatlich geförderten Bereich statt, im Religionsunterricht an staatlichen Schulen aber natürlich insbesondere an Schulen in kirchlicher Trägerschaft, die vom Staat weitgehend finanziert werden. "Für die Kirche bietet die Kooperation mit dem Staat den Vorteil, dass sie dadurch weit über die eigenen Möglichkeiten hinaus ihren Auftrag in Bereichen erfüllen kann, die sonst in der Breite für sie kaum erreichbar wären. Dies entspricht nicht zuletzt dem Öffentlichkeits- und Missionsauftrag der Kirchen." So ist es im oben genannten EKD-Papier formuliert. Ohne in die Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche im Schulwesen einsteigen zu wollen, frage ich mich, ob ein Missionsauftrag der Kirchen gerade in den Schulen aktueller gesellschaftlicher Konsens ist.

In Niedersachsen beabsichtigt die evangelische Landeskirche bis 2020 die Neugründung mehrerer Schulen in kirchlicher Trägerschaft oder sogar die Übernahme der Trägerschaft von staatlichen Schulen. Die Landeskirche will an Orten, an denen die Schülerzahlen so stark zurückgehen, dass Haupt- und Realschulstandorte gefährdet sind, kleine Integrierte Gesamtschulen gründen. Es sollen gebundene Ganztagschulen werden mit Mittagessen und guter Förderung am Nachmittag. Wunderbar, pädagogisch genau richtig, wenn da nicht das Schulgeld wäre von ca. 45 Euro monatlich, und wenn es nicht bestimmte Rahmenbedingungen gäbe wie die zwingend vorausgesetzte Kirchenzugehörigkeit

der Mitarbeiter/innen und vor allem, wenn die Kirche nicht, ebenso wie andere private Schulen, erhebliche Sonderrechte gegenüber den staatlichen Schulen bekäme. In Niedersachsen dürfen kommunale Schulträger nur dann neue Gesamtschulen gründen, wenn sie über 14 Jahre hinweg die nötigen Schülerzahlen für fünfzügige Schulen (130 Schüler/innen pro Jahrgang) nachweisen. Das ist im ländlichen Raum oft nicht möglich. Kirchliche und private Schulen brauchen diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Kommunale Schulträger bekommen keine gebundenen Ganztagschulen genehmigt, da sie der Landesregierung zu teuer sind, und sie dürfen (zu Recht!) kein Schulgeld nehmen. Nun sind diese ungleichen Bedingungen nicht der Kirche anzulasten sondern der Landesregierung, aber es ist sehr wohl eine Frage, wie die evangelische Landeskirche damit umgeht. Ist es richtig, wenn die Landeskirche in Niedersachsen Sonderrechte für eine Bildungsoffensive mit eigenen guten, aber kostenpflichtigen Schulen nutzt, um den aktuellen Herausforderungen des demografischen Wandels mit erheblichem Mitgliederschwund und immer mehr Kindern und Jugendlichen ohne christlichen Religionshintergrund zu begegnen? Kann es Position der Kirche sein, die im oben erwähnten EKD-Papier auch Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche einfordert, selbst dazu beizutragen, dass es Schulen 1. und 2. Klasse gibt? Statt in Nischen Bildung für einige wenige zu organisieren, die mehr Geld ausgeben können, und gute Bildung mit einem Missionsauftrag zu verbinden, verstehe ich „den Missionsauftrag“ der Kirche, meiner Kirche, anders: Ihre Mission sollte es sein, vernehmbar Position zu beziehen für ein gerechtes und demokratisches Schulsystem, das Schluss macht mit der sozialen Auslese, Schluss macht mit der Ausgrenzung und Diskriminierung von Kindern aus Migrantenfamilien oder von Kindern mit Beeinträchtigungen und Behinderungen. Die gute Schule für alle ohne zusätzliche Elternbeiträge einfordern und umsetzen, das ist meines Erachtens die evangelische Herausforderung heute. Eine kämpferische Kirche wünsche ich mir, kämpferisch für gute Bildung und gleiche Chancen. Martin Luthers revolutionäre Bildungsinitiative könnte so ihre aktuelle Fortsetzung finden.